

# Österreich

Paul Luif

Zwei Wahlen standen im Mittelpunkt der österreichischen Innenpolitik. Die Nationalratswahlen im September 2008 und die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009.

## Die Nationalratswahlen am 28. September 2008

Am 7. Juli beendete ÖVP-Obmann Wilhelm Molterer mit „es reicht!“ die Große Koalition, insbesondere wegen des Schwenks der SPÖ zu einer kritischeren EU-Position.<sup>1</sup> Noch am selben Tag nominierte der bisherige Koalitionspartner SPÖ Verkehrsminister (seit Januar 2007) Werner Faymann zum Spitzenkandidaten. Am 8. August 2008 wurde er zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt und löste damit den unpopulären Alfred Gusenbauer ab.<sup>2</sup> Mit einem Fünf-Punkte-Programm konnte die SPÖ die Initiative an sich ziehen, wobei vor allem die „Teuerung“ im Mittelpunkt stand. Diesem sozialpolitischen Schwerpunkt konnte die ÖVP mit dem Thema „Sicherheit“ keinen argumentativen Gegenpunkt setzen. Für die ÖVP zu spät kam die Finanzkrise (Mitte September 2008), ihre Wirtschaftskompetenz konnte die Wahl nicht mehr entscheidend beeinflussen.

Die FPÖ setzte wieder auf „Österreich zuerst“ und das „Ausländerthema“, etwa für eine getrennte Sozialversicherung für Inländer und Ausländer, sowie auf eine EU-kritische Linie. Die Grünen konnten das Thema „Umwelt“ nicht in den Wahlkampf einbringen. Das BZÖ setzte unter seinem neuen (alten) Parteichef Jörg Haider auf einen gemäßigten Stil in seiner Kritik an der Großen Koalition.<sup>3</sup> Bei einer Befragung der Wähler zur subjektiven Themenwichtigkeit rangierte die EU erst an 8. Stelle.<sup>4</sup>

Eine besondere Rolle im Wahlkampf spielte die Kronen Zeitung, das einflussreiche Boulevardblatt mit einer Reichweite von 42 Prozent und fast drei Millionen täglichen Lesern.<sup>5</sup> Die Zeitung, die wahrscheinlich mitverantwortlich gewesen war für die hohe Zustimmung zum EU-Beitritt beim Referendum 1994, hatte sich später zu einem Sprachrohr der Kritik an der EU gewandelt. Nach dem Schwenk der SPÖ in der EU-Politik unterstützte die Kronen Zeitung massiv den Spitzenkandidaten der SPÖ, Werner Faymann. Hingegen wurde über ÖVP-Politiker, vor allem Außenministerin Ursula Plassnik, weitgehend negativ berichtet.<sup>6</sup>

Bei den Wahlen am 28. September 2008 gab es erstmals die Möglichkeit, die Stimme per Briefwahl abzugeben. Das Wahlalter wurde, als Premiere in Europa, auf 16 Jahre gesenkt.

---

1 Vgl. dazu Paul Luif: Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2008, Baden-Baden 2009, S. 393–396, hier S. 396.

2 Eine Chronologie des Nationalratswahlkampfes 2008 findet sich in Thomas Hofer/Barbara Tóth (Hrsg.), *Wahl 2008. Strategien — Sieger — Sensationen*, Molden, Wien–Graz–Klagenfurt 2008, S. 175–181.

3 Zwei Wochen nach der Wahl, am 11.10.2008, verunglückte Jörg Haider bei einem Autounfall mit dem von ihm selbst gelenkten Dienstwagen tödlich.

4 Peter Filzmaier/Christoph Hofinger/Flooh Perlot/Aleksandra Ptaszyska, *Die Nationalratswahl 2008*, in: Peter Filzmaier/Peter Plaikner/Karl A. Duffek (Hrsg.), *Stichwort Wahlen*, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2009, S. 13–38, hier S. 22.

5 Filzmaier et al., *Anmerkung 4*, S. 35.

Außerdem war die Legislaturperiode von vier auf fünf Jahren verlängert worden. Die Wahlbeteiligung lag leicht über der bei der Nationalratswahl vom Oktober 2006. Im Ergebnis verloren die beiden Parteien der Großen Koalition deutlich an Stimmen und erzielten ihr jeweils schlechtestes Ergebnis seit 1945, wobei die ÖVP jedoch mehr als die SPÖ verlor, die mit 29,3 Prozent weiterhin die stimmenstärkste Partei blieb.<sup>7</sup> FPÖ und BZÖ konnten stark an Stimmen gewinnen, die Grünen verloren leicht (vgl. dazu Tabelle 1).

Tabelle 1: Ergebnisse der Nationalratswahlen 2008 im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2006

	Nationalratswahl 1.10.2006 (Wahlbeteiligung: 78,5%)		Nationalratswahl 28.9.2008 (Wahlbeteiligung: 78,8%)	
	Prozente	Mandate	Prozente	Mandate
SPÖ	35,3	68	29,3	57
ÖVP	34,3	66	26,0	51
FPÖ	11,0	21	17,5	34
BZÖ	4,1	7	10,7	21
Grüne	11,1	21	10,4	20

Quelle: Österreichisches Innenministerium, [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/2008/End\\_Gesamt.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx) und Parlament der Republik Österreich, [http://www.parlinkom.gv.at/NR/ZS/default\\_Portal.shtml](http://www.parlinkom.gv.at/NR/ZS/default_Portal.shtml).

Als Motive für die Wahl der Parteien gab es bei FPÖ- und BZÖ-Wählern ein stark ausgeprägtes Protestverhalten, dies zeigte sich jedoch nicht bei der dritten Oppositionspartei, den Grünen. Während für die anderen Parteien der jeweilige Spitzenkandidat ein wichtiges Wahlmotiv darstellte, war dies bei der ÖVP nicht der Fall.<sup>8</sup> So gab ÖVP-Parteibmann Molterer schon am Tag der Wahl seinen Rücktritt bekannt. Gleichzeitig wurde Landwirtschafts- und Umweltminister Josef Pröll als sein Nachfolger designiert und am 28. November 2008 zum ÖVP-Parteibmann gewählt. Auch bei den Grünen gab es einen Wechsel an der Führung. Alexander Van der Bellen legte zehn Tage nach der Wahl sein Mandat als Bundessprecher zurück. Nachfolgerin wurde Eva Glawischnig.

Die ÖVP zögerte, Regierungsverhandlungen mit der SPÖ aufzunehmen. Doch die Finanzkrise, die sich zu einer weltweite Wirtschaftskrise ausweitete, sowie der Tod von Jörg Haider ließen eine ÖVP-geführte Koalition mit FPÖ und BZÖ wenig attraktiv erscheinen.<sup>9</sup> Die Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP wurden dann relativ zügig durch-

6 Einen bizarren Höhepunkt bildete die Doppelseite in der Kronen Zeitung vom 25.10.2008 zum Thema „Wen Tiere wählen würden“, wo der SPÖ-Spitzenkandidat viel mehr positive Punkte zugewiesen bekam als der Obmann der ÖVP; siehe Peter Filzmaier, Ein Regierungsdesaster: Analyse der Nationalratswahl 2008, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2009, S. 23–38, hier S. 30.

7 Mit zusammen 55,3 Prozent sind SPÖ und ÖVP weit von einer zwei Drittel Mehrheit und damit von der Möglichkeit zur Verabschiedung von Verfassungsgesetzen entfernt.

8 Nur 25 Prozent der ÖVP-Wähler gaben Parteibmann Wilhelm Molterer als Wahlmotiv an; bei den Wählern anderer Parteien bekamen die Spitzenkandidaten jeweils mehr als 50 Prozent Zustimmung; siehe Filzmaier et al., Anmerkung 4, S. 32/33.

9 So Martin Falb, „Die Herausforderungen an die Politik sind groß.“ Die Regierungsverhandlungen 2008 zwischen Werner Faymann und Josef Pröll, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2009, S. 137–152, hier S. 140.

geführt und so konnte am 2. Dezember 2008 die Regierung mit Bundeskanzler Faymann sowie Vizekanzler und Finanzminister Pröll angelobt werden. Im Regierungsprogramm<sup>10</sup> bekennt sich die neue Große Koalition „uneingeschränkt“ zur EU. Die Regierung will an allen EU-Politikbereichen „aktiv gestaltend“ und „gleichberechtigt“ teilnehmen; ein „Kerneuropa“ lehnt sie ab<sup>11</sup>.

Nationale Volksabstimmungen über EU-Verträge sollen „nicht gegen den Willen der jeweils anderen Koalitionspartei“ organisiert werden. Falls dies dennoch geschieht, verpflichten sich die Koalitionspartner, „gemeinsam einen Neuwahlantrag zu stellen“.<sup>12</sup> Diese nur indirekte Ablehnung der SPÖ-Initiative für Volksabstimmungen über einen neuen EU-Vertrag war der amtierenden Außenministerin Plassnik zu wenig; sie trat zurück. Nachfolger in der neuen Regierung wurde Michael Spindelegger (ÖVP). Dieser machte 2009 eine „EU-Zuhörtour“ durch Österreich, um die Anliegen der Bevölkerung bezüglich der EU zu eruieren.<sup>13</sup> Er setzte mit dem Donau- und Schwarzmeerraum einen neuen Schwerpunkt in der österreichischen Außen- und EU-Politik. Auf Anregung von Österreich und Rumänien wird die Europäischen Kommission eine EU-Strategie für den Donaauraum entwickeln.<sup>14</sup>

#### Probleme der österreichischen Politik

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hatte Auswirkungen auf Österreich.<sup>15</sup> Besonders betroffen waren die österreichischen Banken, die in Mittel- und Osteuropa stark präsent sind. Internationale Medien befürchteten anfangs 2009, dass der österreichische Staat den Bankrott von Banken nicht verhindern wird können.<sup>16</sup> Am 11./12. Februar 2009 reiste Finanzminister Pröll in für den österreichischen Finanzsektor wichtige osteuropäische Länder (Kroatien, Ukraine, Rumänien, Bulgarien) zur Erhebung der spezifischen Problemfelder. Der Europäische Rat vom 19./20. März 2009 befürwortete schließlich die Aufstockung der Beistandsfazilität der Union zur Zahlungsbilanzstützung auf 50 Mrd. EUR;<sup>17</sup> damit konnten die mittel-osteuropäischen Währungen und Volkswirtschaften vorerst stabilisiert werden.

Die beruhigenden Erklärungen führender Politiker zur Öffnung der Schengen Grenzen im Dezember 2007 wichen im Frühjahr 2009 Alarmmeldungen über die Zunahme der Kriminalität von Ausländern in Österreich. So berichteten etwa die seriösen Salzburger Nachrichten, dass im Verbrechensbereich (also bei schweren Delikten) der Anteil der „tatverdächtigen Fremden“ im Jahre 2008 bei 43,5 Prozent lag. Rund drei Viertel der ausländischen Tatverdächtigen galten dabei als „nicht integriert („Touristen“, Asylbewerber, Fremde ohne Beschäftigung)“. Die Stadt Wien wurde als „Kriminalitätsschwerpunkt“ angesehen.<sup>18</sup>

10 Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode vom 2. Dezember 2008 mit dem Titel „Regierungsprogramm 2008–2013 Gemeinsam für Österreich“, insgesamt 287 Seiten, abrufbar unter <http://www.austria.gv.at/DocView.axd?CobId=32965>.

11 Regierungsprogramm 2008–2013, Anmerkung 10, S. 237.

12 Regierungsprogramm 2008–2013, Anmerkung 10, S. 242.

13 Siehe Außenpolitischer Bericht 2008, S. III/IV.

14 So der Beschluss des Europäischen Rates vom 18./19.6.2009, Schlussfolgerungen Punkt 34; der Bericht soll Ende 2010 vorliegen, damit die Strategie unter der ungarischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 verwirklicht werden kann.

15 Wuchs das Bruttoinlandsprodukt 2008 noch mit 1,8 Prozent, so wird für 2009 ein Rückgang um –3,8 Prozent erwartet; Prognose des WIFO vom Juni 2009, siehe <http://www.bmwfj.gv.at/BMWA/Wirtschaftsdaten/default.htm>.

16 Sogar Nobelpreisträger Paul Krugman warnte vor den Schwierigkeiten Österreichs; siehe seinen Blog unter <http://krugman.blogs.nytimes.com/2009/04/15/austria/?scp=1-b&sq=austria&st=nyt>.

17 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Punkt 13.

## Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 in Österreich wollte die SPÖ mit ihrer nun kritischeren Stellung zur EU punkten. Die ÖVP stellte sich hingegen als „Europapartei“ der Wahl. Die Parteileitung nominierte den ehemaligen Innenminister Ernst Strasser als Delegationsleiter, ohne Absprache mit dem bisherigen Leiter und ausgesprochenen EU-Sympathisant, Otmar Karas.<sup>19</sup> Bei den Grünen wurde das prominente Mitglied des Europäischen Parlament und langjährige stellvertretende Vorsitzenden des Verfassungsausschusses, Johannes Voggenhuber, abserviert. An seine Stelle trat Ulrike Lunacek, die etwas widersprüchliche EU-Positionen vertrat.

Die FPÖ unter ihrem Vorsitzenden Heinz-Christian Strache führte einen strikten Anti-EU-Wahlkampf. Für sie war der Wahltag der „Tag der Abrechnung“, sie wollte „Abendland in Christenhand“ sowie „Echte Volksvertreter statt EU-Verräter“ und forderte „Soziale Wärme statt EU für Konzerne“.<sup>20</sup> Die BZÖ wollte mit einer klar EU-kritischen, aber im Vergleich zur FPÖ weniger rüden Sprache Stimmen gewinnen. Zusätzlich zu diesen rechtspopulistischen Parteien kandidierte wieder die Liste von Hans-Peter Martin als eine EU-kritische, linkspopulistische Gruppe. Die Kandidatur von Martin wurde von der Kronen Zeitung intensiv unterstützt.

Im Gegensatz zur insgesamt Beteiligung an den EP-Wahl stieg in Österreich die Wahlbeteiligung um 3,6 Prozent auf diesmal 46 Prozent. Mit 30 Prozent verlor die ÖVP zwar 2,6 Prozent gegenüber 2004, erreichte aber den höchsten Stimmenanteil von allen Parteien und behielt ihre 6 Abgeordneten. Die SPÖ verlor hingegen fast 10 Prozent der Stimmen, erhielt nur 23,7 Prozent und 4 Mandate (minus 3). Die Liste Martin erzielte mit 17,7 Prozent (plus 3,7 Prozent) und 3 Mandaten wieder den drittgrößten Wähleranteil. Entgegen den hohen Erwartungen erhielt die FPÖ nur 12,7 Prozent der Stimmen (2 Mandate), dies bedeutete aber eine Verdoppelung ihres Stimmanteils. Enttäuschend war das Abschneiden der Grünen, die 3 Prozent verloren, aber die zwei Mandate behielten. Mit nur 4,6 Prozent erreichte das BZÖ kein Mandat.<sup>21</sup>

## Weiterführende Literatur

Attac (Hrsg.), *Wir bauen Europa neu. Wer baut mit? Alternative für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche EU*, Residenz Verlag, St. Pölten 2009.

Gerda Falkner (Hrsg.), *EU Policies in the Lisbon Treaty: A Comparative Analysis*, Institute for European Integration Research, Vienna 2008, (= Working Paper No. 03/2008).

Peter Filzmaier/Peter Plaikner/Karl A. Duffek (Hrsg.), *Stichwort Wahlen*, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2009.

Hans-Peter Martin/Mitarbeit Martin Ehrenhauser, *Die Europafalle. Das Ende von Demokratie und Wohlstand*, Piper, München–Zürich 2009.

Peter A. Ulram, *Ein verspielter Sieg und eine siegreiche Zeitungspartei — zur Analyse der Nationalratswahl 2008*, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008*, Böhlau, Wien–Köln–Weimar 2009, S. 3-21.

---

18 Verbrechen: Anteil der Fremden steigt stark, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.5.2009, S. 1.

19 Trotzdem Karas über 100.000 Vorzugsstimmen bei der EP-Wahl erhielt, wurde Strasser Delegationsleiter; dazu und den anderen Informationen zur EP-Wahl in Österreich siehe Heinrich Schneider, *Zwischen „Policy Determination“ und „Bekennnisritual“*. Anmerkungen zum EP-Wahlkampf und seinem Ergebnis in Österreich, in: *Integration*, 32. Jg., Nr. 3, Juli 2009, S. 210–230.

20 FPÖ-Sprüche zu den EU-Wahlen am 7.6.2009, nach <http://www.strache.at/downloads/09,528782462000,0519.pdf>.

21 Bei Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erhielt Österreich zwei Mandate mehr (statt 17 nun 19). Damit bekäme das BZÖ auch ein Mandat; siehe ÖVP auf Platz eins, Debakel für SPÖ, Martin Dritter, *Die-Presse.com*, 8.6.2009.